

„Das entfremdet die Menschen vom Recht“

Wie Bürokratie die Wirtschaft lähmt und das Wachstum für alle hemmt

HINTERGRUND
VON DIETMAR MASCHER



Bürokratie per se ist nicht negativ. Hinter jeder bürokratischen Struktur steht ein sinnvoller Gedanke“, sagt der Wiener Arbeits- und Sozialrechtsprofessor **Wolfgang Mazal**. „Allerdings lassen wir nichts mehr aus, was wir einmal haben. Regelungen widersprechen einander, und das erzeugt Widerstand, fügt der Rechtsexperte hinzu, der diese Woche bei einer von VP-Justizsprecher **Klaus Fürlinger** initiierten Enquete zum Thema Bürokratieabbau mit hochrangigen Juristen diskutierte. Und somit würde aus „gut gemeint“ nicht unbedingt etwas Gutes.

Europäische Regeln würden mit nationalen konkurrieren, Bundesgesetze mit Kollektivverträgen. Vieles gut gemeint, aber eben nicht abgestimmt. So hätten sich etwa Sozialpartner in einem Kollektivvertrag stolz darauf geeinigt, dass die Arbeitgeber den Mitarbeitern die Weiterbildung nicht nur bezahlen, sondern dass die Phasen der Kursbesuche Arbeitszeit seien. „Dann ist man draufgekommen, dass die Kursbesuche am Abend und am Wochenende einen massiven Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz bedeuten würden“, sagt Mazal.

Textqualität im KV verbessern

Der Arbeitsrechtsexperte regt nicht nur eine bessere Abstimmung zwischen den normgebenden Institutionen an, sondern auch eine bessere Textqualität bei den Kollektivverträgen. „Das ist zum Teil unlesbar und entfremdet die Menschen vom Recht“, sagt Mazal. Für Unternehmen wiederum bedeute die Bürokratie zum Teil massiven zusätzlichen Aufwand ohne Produktivitätsgewinn. „Beim Alleinverdienerabsetzbetrag müsste der Arbeitgeber laufend prüfen, ob der Beschäftigte eh noch verheiratet ist, Ähnliches gilt beim Familienbonus“, erklärt Mazal.

Bei der Enquete im Parlament sollten die Rechtsspezialisten auch Anregun-

gen bringen, wie Bürokratie zurückgedrängt werden kann.

Der Linzer Verfahrensrechtsexperte **Markus Nußbaumer** sagt, er erhoffe sich vom Regierungsprogramm Impulse. Darin sei die Rede von schnelleren Verfahren im Betriebsanlagenrecht und im Rahmen der Energiewende. „Bei Kundmachungen von Verfahren ließen sich massive Beschleunigungen erzielen. Auch ein Ausschluss einer aufschiebenden Wirkung von Beschwerden von Nebenparteien wäre wichtig.“

Abfall und Rohstoff gleichzeitig

In der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), der „Champions League der Genehmigungsverfahren“, würden so viele Materien kumuliert, dass „niemand mehr weiß, welche Äpfel mit welchen Birnen verglichen werden“, sagt Nußbaumer, der darauf hinweist, dass bei manchen Verfahren Umweltorganisationen involviert seien, deren Legitimation fragwürdig sei. Und auch im Verfahrensrecht würden widersprüchliche Normen Dinge verzögern. So müssten endlich Mineralrohstoffrecht, Gewerbeordnung und Abfallwirtschaftsgesetz synchronisiert werden, weil sonst ein und derselbe Stoff in einem Verfahren Rohstoff und Abfall gleichzeitig sei.

Schnellere Verfahren seien auch im Sinn der Wirtschaftsstrafrechtsexperten, sagt **Oliver Plöckinger** (wie Nußbaumer von der Linzer Kanzlei **Saxinger**), der im **Buwog**-Prozess einen Mandanten über Jahre vertreten hat. Eine Verfahrensverkürzung versprache er sich davon, regionale Staatsanwaltschaften durch Wirtschaftsexperten zu stärken und Fälle der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft besser zu verteilen. Auch Vergleiche zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft, wie in Deutschland üblich, würden Verfahren beschleunigen. Vermieden werden könnten Strafverfahren wegen Amtsmissbrauchs und Untreue gegen manche Bürgermeister, indem man den Tatbestand präzisiert und diese nicht mehr bei Verfahren Gefahr laufen, mit einem Fuß im Kriminal zu stehen.



SP-Verkehrsminister Peter Hanke

Foto: Weinbold

Asfinag: Rochade im Aufsichtsrat

WIEN. Neuaufstellung im Aufsichtsrat des staatlichen Autobahn- und Schnellstraßenbetreibers Asfinag: Vier Kapitalvertreter sind neu, zwei verbleiben. Der Vorsitz wird vom Aufsichtsrat in einer Sitzung „in den kommenden Wochen gewählt“. Das war das Ergebnis einer außerordentlichen Hauptversammlung am Donnerstag.

Weil die politischen Zuständigkeiten wechseln – von Leonore Gewessler (Grüne) auf Peter Hanke (SP) –, wurde auch der Aufsichtsrat neu besetzt. Das hat Tradition. Im Kontrollgremium verbleiben Cornelia Breuß, Sektionschefin im Verkehrsministerium, und Martha Schult, Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer. Für ein Mandat nominiert wurden Alexandra Izdebska, Oliver Stribl, Peter Walder-Wintersteiner und Karin Zipperer. Alle hätten „höchste Erfahrung beim Thema Infrastruktur sowie ausgeprägte Wirtschaftskompetenz“, sagt Hanke. Nicht mehr mit dabei sind Aufsichtsratschefin Christa Geyer, der frühere Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber, Ana Simic und Harald Frey.

ÜBERBLICK

X-Chefin zurückgetreten

SAN FRANCISCO. Linda Yaccarino verlässt X. Sie war zwei Jahre an der Spitze der Kurznachrichtenplattform. Zu den Hintergründen für ihren Rückzug gab es keine Angaben. X gehört Elon Musk.

Tourismus beklagt Kosten

WIEN. Wareneinsatz, Energie, Personal: Österreichs neue Tourismusfunktionäre Georg Imlauer (Hotellerie) und Alois Rainer (Gastronomie) beklagen Kostensteigerungen. Diese erschweren Investitionen. Von der Politik fordern sie längere Abschreibungsdauern.

Sparkurs bei Zulieferer ZF

FRIEDRICHSHAFEN. Im Fall global sinkender Autoproduktion will der Zulieferer ZF den Sparkurs verschärfen. Das sagte Konzernchef Michael Frick. Bis 2028 sollen bis zu 14.000 Stellen in Deutschland wegfallen – jeder vierte Arbeitsplatz. In Österreich beschäftigt ZF rund 800 Mitarbeiter.

Schmuckhändler pleite

LINZ. Dem Schmuckhändler Buck im Linzer Infra-Center ging das Geld aus. Drei Mitarbeiter und 54 Gläubiger sind betroffen. Eine Fortführung ist geplant.

FMA: Brisante Konstruktion einer Aufsichtsbehörde

Die unabhängige Bankenaufsicht erregt nicht nur im Finanzbereich immer wieder Aufsehen

WIEN. Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner war nicht der erste Kritiker der Finanzmarktaufsicht, der sich eine Abschaffung der Behörde bzw. eine Eingliederung in die Österreichische Nationalbank (OeNB) vorstellen kann (ÖÖN vom 10.7.).

Tatsächlich ist die FMA eine brisante Konstruktion, in der die Führung leicht ein gewisses Eigenleben entwickelt und deren Vorgaben nicht nur Banken und Versicherungen ärgern, sondern – wie im jüngsten Fall der KIM-Verordnung – auch die Häuslbauer.

2002 wurde die Behörde auf internationale Anregung als unab-

hängige Aufsicht für den Finanzbereich gegründet, damals mit 137 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalent). Seither hat sich der Personalstand verdreifacht.

Die rechtliche Konstruktion der FMA ist eine besondere. Sie ist ein eigenständiger Rechtsträger im Gegensatz zu Behörden, die etwa beim Bund oder beim Land angesiedelt sind. Und sie ist weisungsfrei. Dazu kann sie Durchführungsverordnungen erlassen, Betriebe prüfen und auch Strafen erlassen. Das ist viel Macht für eine so kleine Behörde, die von jenen durch Beiträge finanziert wird

(werden muss), die auch geprüft werden. „Dieser Bündelung der Kompetenzen ist auch der Verfassungsgerichtshof kritisch gegenübergestanden, daher hat man sie wohl auch mit einem Verfassungsgesetz abgesichert“, sagt der Linzer Professor für Öffentliches Recht, Andreas Janko.

So ungewöhnlich ist die Konstruktion allerdings auch nicht, denn auch andere Regulierungsbehörden wie etwa die E-Control sind so konzipiert.

Die FMA wird aber auch deshalb kritisch gesehen, weil es nach wie vor keine klare Abgrenzung zur

OeNB gibt, die genauso wie die Europäische Zentralbank (EZB) Aufsichtsfunktionen wahrnimmt. Sie führt Verordnungen befristet ein, sodass sie meist wieder außer Kraft sind, wenn jemand rechtlich dagegen vorgeht.

Und sie setzte etwa die KIM-Verordnung nach heftiger Kritik außer Kraft und ersetzte sie durch Empfehlungen. Der Unterschied ist nicht gerade groß. Denn die Empfehlungen sind – ähnlich wie Verordnungen – Auslegungen von Gesetzen. Und die Prüfung der Banken und anderen erfolgt auf Basis der Empfehlungen. (dm)